Rhedaer Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

# Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 208 | Montag, den 1. August | Jahrgang 1927

## Siedeln, eine Lebensfrage des deutschen Volkes.

Von

**Stadtrat z. D. Treffert, Berlin.**

I.

Es ist von allen Seiten, nicht zuletzt von Führern und Staatsmännern, oft ausgesprochen worden, daß die Siedlung eine Lebensfrage des deutschen Volkes sei. Es ist richtig: Wir siedeln oder sinken, d. h. gehen völkisch, politisch und wirtschaftlich zugrunde.

Es ist zu unterscheiden zwischen der städtischen Wohnsiedlung und der ländlichen Siedlung. Die Wohnsiedlung wendet sich gegen die Mietskaserne; sie will besonders den Bau von Klein- und Mittelwohnungen fördern, den Bewohnern die Gelegenheit geben, sich in einem Nutzgarten zu betätigen und dadurch die industrielle Bevölkerung wieder mit der Mutter Erde in Verbindung bringen. Die ländliche Siedlung will planmäßige Bauernstellen, ländliche Arbeiter- und Handwerkerstellen errichten. Sie will schon vorhandene landwirtschaftliche Klein- und Zwergbetriebe vergrößern und ausbauen. Sie will also die bäuerlichen Betriebe vermehren und Landarbeiter seßhaft machen.

Hier soll allein von der ländlichen Siedlung die Rede sein. Für sie ist vor allem maßgebend das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 mit den einzelstaatlichen Ausführungsgesetzen.

Der Lebensraum des deutschen Volkes ist zu eng. Der ihm zur Verfügung stehende Boden hat sich in den letzten Jahren nicht vermehrt und wird sich auch künftig nicht vermehren. Im Gegenteil, durch den Raub der Kolonien, durch die Abtrennung mächtiger Stücke von unserem Lande ist unser Lebensraum noch kleiner geworden. Dabei vermehrt sich jedoch die Bevölkerung des Deutschen Reiches fortgesetzt. Die Volkszahl nahm von der Reichsgründung bis 1910 um 24,3 Millionen zu. Die Bevölkerung drängt sich immer mehr in den Großstädten zusammen; im Jahre 1871 wohnten 26,2 Millionen Deutsche auf dem Lande und 14,8 Millionen in der Stadt. Hierin ist ein völliger Umschwung eingetreten. Der Zuwachs hat sich hauptsächlich in den Städten angesammelt. Das Landvolk konnte kaum seinen Stand von 26 Millionen behaupten. Es verlor seinen natürlichen Bevölkerungszuwachs an die Stadt und an die Industrie. Jedes Jahr gingen an 300 000 Menschen im besten Alter vom Lande zur Stadt. Das Wort „Landflucht" ist nicht umsonst in den letzten Jahren geprägt worden. Die Landflucht war so groß, daß in den landwirtschaftlichen Gegenden sogar ein Mangel an deutschen Landarbeitern eintrat, sodaß wir vor dem Kriege über 400 000 ausländische Wanderarbeiter beschäftigen mußten. Nach der letzten Volkszählung vom 15. Juli 1925 wohnen 22,2 Millionen auf dem Lande, d. h. in 60 132 Gemeinden unter 2000 Einwohnern und 40,1 Millionen in der Stadt in 3448 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern.

Es gibt drei Möglichkeiten, den Nahrungsmittelspielraum zu vermehren: 1. Die Bevölkerungszahl künstlich einzuschränken, 2. überschüssige Bevölkerung ins Ausland abzuschieben und 3. die Produktion im eigenen Lande zu vermehren.

Zu dem Vorschlag, die Bevölkerung künstlich einzuschränken, ist kaum ein Wort zu verlieren. Aus moralischen, bevölkerungspolitischen und nationalen Gründen kann man diesem Vorschlag nicht das Wort reden. Eine Bevölkerung, deren Geburtenzahl zurückgeht, geht auch völkisch und wirtschaftlich zurück. Aus gewiß durchschlagenden Gründen führen wir den Kampf gegen die künstliche Einschränkung der Bevölkerung. Ein Volk, das in der Einwohnerzahl zurückgeht, gibt sich selbst auf.

Den Nahrungsmittelraum durch Auswanderung zu vermehren, hat man auch schon versucht. Es wanderten aus Deutschland aus: 1871 rund 76 000 Personen, 1872 rund 128 000 Personen, 1882 rund 204 000 Personen, 1891 rund 100 000 Personen. Die Zahl bewegt sich seit 1894 bis 1913 zwischen rund 40 000—100 000 Personen. Im Jahre 1880 betrug die Auswandererzahl 2,61 Proz. der Bevölkerung. Der Prozentsatz stieg teilweise bis auf 4,89 Proz. Im 19. Jahrhundert allein haben rund 6 Millionen Deutsche in Amerika sich eine neue Existenz zu erringen versucht. Auch in der Nachkriegszeit haben besonders viel Deutsche im Ausland ihr Glück versucht. Man braucht die Auswanderung nicht grundsätzlich und restlos zu bekämpfen, man muß aber doch feststellen, daß sie nur ein unbedeutendes Mittel gegen die Ueberbevölkerung ist. Die Zahl der Zuwanderer ist durch Gesetze in den verschiedenen Ländern heute geregelt. Die Auswanderung entlastet auch nicht in der wünschenswerten Weise den Arbeitsmarkt, denn es wandern vor allem gelernte Arbeiter aus und weniger ungelernte. Sodann muß man bedenken, daß vorwiegend wagemutige Leute im arbeitsfähigen Alter, also wertvolle Menschen, auswandern, was immer einen nationalen Verlust bedeutet.

Die Vermehrung der Produktion im Lande muß deshalb als das Mittel angesehen werden, das uns aus den Schwierigkeiten herausführt. Wenn es uns gelingt, auf den größten Teil der Lebensmitteleinfuhr zu verzichten, dadurch, daß wir auf heimischer Scholle unseren Lebensmittelbedarf erzeugen, so ersparen wir nicht nur 1—2 Milliarden Mark jährlich der Volkswirtschaft, sondern wir können auch mehr Menschen in der Landwirtschaft unterbringen.

Das Siedlungsergebnis vor dem Kriege drückt sich in folgenden Zahlen aus: In den Jahren 1891—1914 wurden insgesamt 41837 Stellen mit 528 950 Hektar besiedelter Fläche geschaffen, d. h. im Jahresdurchschnitt etwa 2000 Stellen mit rund 24 000 Hektar. Die Möglichkeit weiterer Siedlungen ist gegeben. Siedlungsland ist genügend vorhanden, sowohl im Osten wie im Nordwesten unseres Reiches. Wir haben genügend Moor- und Heideboden. Sein Umfang wird auf etwa 4½ Millionen Hektar geschätzt. Die Oedlandflächen in Deutschland sind etwa so groß wie die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Länder Hessen, Baden, Württemberg und Sachsen, oder so groß wie die landwirtschaftliche Nutzfläche, die wir durch den Versailler Vertrag verloren haben. Etwa 2½ Millionen Hektar, das sind rund 10 Millionen Morgen, dürften kulturfähig sein. Sie bieten Raum für 150000 neue landwirtschaftliche Stellen von der Größe einer selbständigen Ackernahrung. Auch kann der Großgrundbesitz aufgeteilt und der Boden durch Siedlung gebessert werden. Dasselbe gilt für die Staatsdomänen.

Kürzlich hat auch Freiherr von Rechenberg darauf aufmerksam gemacht (Germania Nr. 307, 1927), daß eine weitere Möglichkeit, die Anbaufläche zu vergrößern und damit die Möglichkeit der inneren Kolonisation zu vermehren, sich findet in dem Waldbestand. 26,9 Proz. der deutschen Bodenfläche besteht aus Forsten und Holzungen. Ein höherer Prozentsatz als in allen unseren Nachbarländern. Die Staatsforsten betragen in Deutschland zurzeit mehr als 4 Millionen Hektar. Auch davon ließe sich ein Teil zum Nutzen der Kolonisation verwenden. Durch Ansiedlungen werden nicht nur der Volksernährung wesentliche Dienste geleistet, sondern auch tüchtige Landwirte, die bisher oft genötigt sind, sich auch in der Industrie Nebenbeschäftigung zu suchen, können dann ganz ihrem Berufe zugeführt werden. Es ergibt sich nach einer Berechnung von Horny, daß rund 500000 selbständige Bauernbetriebe auf deutschem Boden neu geschaffen werden könnten. Berechnet man die Bauernfamilie durchschnittlich nur zu 5 Köpfen einschließlich der Eheleute, so ergibt sich, daß mindestens 2½ Millionen Menschen künftig in Deutschland mehr als bisher auf dem Lande und zwar in freien Bauernstellen leben könnten.

Siedlungslustige sind ebenfalls genügend vorhanden. Es sind die nachgeborenen Bauernsöhne, sparsame Landarbeiter, Heuerlinge, Kleinbesitzer, die aus dem verlorenen Osten vertriebenen Ansiedler, Reichswehrsoldaten, die ihre Dienstzeit beendet haben, eine Kapitalabfindung mitbringen und aus der Landwirtschaft stammen. Desgleichen ländliche Handwerker. Auch Industriearbeiter kommen infrage, die die Bauernarbeit kennen und auf dem Lande geboren sind. Sie müssen natürlich die Landarbeit gründlich kennen, theoretisch und praktisch, sie müssen Liebe zur Landarbeit und zum Landleben mitbringen und Voraussetzung ist Zähigkeit, Genügsamkeit und der Wille, schwere Arbeit zu verrichten. Kommt hinzu eine gleichgesinnte Frau, die dem Manne Schicksalsgenossin wird, die Freud und Leid, Entbehrungen und Rückschläge mit ihm teilt; eine Frau, die den Arbeiten in Haus und Hof, auf dem Acker und im Stall gewachsen ist, dann würde es der Siedler bald zu etwas bringen.

## Der Schiedsspruch über die Chorzow-Werke.

### Polens größter Gläubiger.

Der Streit um Chorzow ist entschieden. Damit ist das Deutsche Reich zum größten Gläubiger Polens geworden. Schon das erste Urteil des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag vom 25. Mai 1926 sprach sich zu Gunsten Deutschlands aus. Der Schiedsspruch konnte auch gar nicht anders ausfallen.

Die Chorzow-Werke waren während des Weltkrieges vom preußischen Staat erbaut, aber im Dezember 1918 an zwei private Aktiengesellschaften, nämlich an die Aktiengesellschaft Oberschlesische Stickstoffwerke Chorzow und die Bayerischen Stickstoffwerke A.-G., veräußert worden. Nach der Teilung Oberschlesiens im Juli 1922 übernahm die polnische Regierung unter Berufung auf den Versailler Vertrag und polnische Landesgesetze die Verwaltung der Chorzower Werke, ohne den Besitzern auch nur die geringste Entschädigung zu bezahlen. Die diplomatischen Vorstellungen des Deutschen Reiches in Warschau blieben erfolglos. Daraufhin rief das Deutsche Reich den Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag um die Fällung eines Urteilspruches an. Polens Einspruch der Nichtzuständigkeit wurde am 25. August 1925 abgelehnt.

Das Urteil des Internationalen Schiedsgerichtshofes vom 25. Mai 1926, das in annähernd 100 Druckseiten den Tatbestand und die Rechtslage auseinandersetzt, stützt sich in seinem Kern auf die völkerrechtliche These, daß Polen im Jahre 1922 nicht mit Hilfe eines polnischen Gesetzes aus dem Jahre 1920 einen Vertrag annullieren kann, der erstens vor Erlaß dieses Gesetzes und zweitens auf einem Gebiet geschlossen wurde, das bei Intrafttreten des Gesetzes noch gar nicht im Besitze Polens war. Bei dieser Rechtslage mußte der Schiedsspruch zugunsten Deutschlands ausfallen. Das Urteil lautete auf die Freigabe der Stickstoffwerke oder auf volle Entschädigung.

Dieser Schiedsspruch versetzte die polnische Regierung in eine recht verzwickte Lage. Gab sie die Chorzow-Werke heraus, dann versetzte sie dem Prestige der Großmacht Polens einen schweren Schlag. Verweigerte sie aber die Freigabe, dann mußte sie voll entschädigen, und dazu hatte sie kein Geld, zumal die Entschädigungssumme sich auf über 100 Millionen Goldmark beläuft. Damit wird Deutschland zum größten Gläubiger Polens.

Was also tun? Warschau tat gar nichts. Die Regierungspresse aber ersann neue Ausflüchte und behauptete, der Verkauf der Chorzow-Werke durch den preußischen Staat an die genannten Gesellschaften wäre nur ein fiktiver, weshalb der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag überhaupt nicht zuständig gewesen wäre. Erst nach langem Drängen entschloß sich endlich die polnische Regierung zum Einspruch gegen die Zuständigkeit dieses Schiedsgerichtshofes. Er ist am 26. Juli d. Js. mit 10 gegen 3 Stimmen verworfen worden.

Damit ist der Fall aber keineswegs erledigt. Der Gerichtshof hat sich nämlich in seinem erstinstanzlichen Urteil die Entscheidung über die Höhe der Entschädigungssumme und ihre Zahlungsweise vorbehalten. Diese dürfte in kurzer Zeit zu erwarten sein. Uns Deutsche und die ganze Welt, vornehmlich die Finanzkreise, interessiert dabei viel mehr als die festzusetzende Summe der Zahlungsmodus, da dieser mittelbar ein Urteil über die finanzielle Lage und die Zahlungsfähigkeit des polnischen Staates enthält. Wir werden's erleben.

★

### Wie Polen das Haager Urteil auffaßt.

)( **Warschau**, 30. Juli. Von hiesiger amtlicher Stelle wird betreffs des Stickstoffwerkes Chorzow erklärt, daß der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag entgegen anderslautenden ausländischen Pressemeldungen in seinem Urteil lediglich zum Ausdruck gebracht habe, daß der Gerichtshof im Haag für den deutsch-polnischen Streitfall zuständig sei.

★

### Der Auftakt zum Sejm-Wahlkampf.

**Königshütte**, 30. Juli. Als erste der politischen Parteien, die in den Wahlkampf zu den kommenden Sejmwahlen eintreten, hielt die polnische sozialistische Partei in Ost-Oberschlesien eine Reihe von Volksversammlungen ab. Fast alle diese Versammlungen wurden durch den linken Flügel der polnischen Sozialisten unter Führung einiger aus dem Club der polnischen Sozialisten ausgeschiedenen Abgeordneten gesprengt. Bemerkenswert ist, daß der polnische sozialistische Abgeordnete Biniszkiewicz in einzelnen Versammlungen sehr scharf gegen das Deutschtum vorging, während der Warschauer Abgeordnete der polnischen sozialistischen Partei die Taktik der Regierung in der schärfsten Form verurteilte. In der bedeutendsten Versammlung, die am Freitag in Königshütte abgehalten wurde, kam es zu tumultarischen Zwischenfällen, so daß die Versammlung vorzeitig abgebrochen werden mußte. Mit Hochrufen auf die Sowjetrepublik gingen die Teilnehmer unter dem Druck des außerordentlich starken Polizeiaufgebotes auseinander. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

★

### Neue Arbeiterentlassungen in Ostoberschlesien.

:: **Königshütte**, 30. Juli. Die Verwaltung der Gräfin Laura-Grube in Chorzow hat zum 15. August erneut Kündigungen ausgesprochen, von denen 408 Arbeiter, darunter 24 Schwerkriegsbeschädigte und ein großer Teil der noch in den deutschen Gewerkschaften organisierten Arbeiter betroffen werden. Die freien Gewerkschaften haben sich gegen die Maßnahmen beschwerdeführend an den Demobilmachungskommissar und an den Warschauer Arbeitsminister gewandt. Nach einer Zusage des Demobilmachungskommissars dürften schon im Laufe der nächsten Woche Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Regierungsstellen stattfinden.

★

### Rigoroses Vorgehen gegen die deutsche Minderheitsschule.

)) **Kattowitz**, 30. Juli. Der Magistrat der Stadt Kattowitz hat einen Beschluß gefaßt, nach dem in die unterste Klasse der deutschen Knabenmittelschule und der deutschen Mädchenmittelschule nur je 50 Schüler bezw. Schülerinnen aufgenommen wurden, während tatsächlich je 150 Anmeldungen vorliegen. Der Deutsche Volksbund hat bei der Wojwodschaft sowie beim Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, Einspruch erhoben.

## Um die Nachfolgeschaft Hörsings.

)!( **Berlin**, 1. Aug. (Eig. Drahtb.) Zu der Meldung, daß sich der preußische Innenminister an den Landtagsabgeordneten Prof. Waentig wegen Uebernahme des Postens des Oberpräsidenten von Sachsen gewandt hat, erfährt der „Montag Morgen", daß Professor Waentig sich mit seiner Kandidatur einverstanden erklärt habe. Es sei anzunehmen, daß das preußische Kabinett dem Vorschlag des Innenministers noch im Laufe dieser Woche zustimmen werde. Da auch der Provinzialausschuß in Magdeburg gegen die Ernennung keine Einwände erheben dürfte, könne die Berufung Professors Waentigs als gesichert gelten.

## Rathäuser und Reichsflaggen.

× **Berlin**, 1. Aug. Das Preußische Verwaltungsblatt bringt die Begründung des Urteils, mit dem das preußische Oberverwaltungsgericht am 20. Mai die Klage des preußischen Innenministeriums gegen den Magistrat von Potsdam wegen der Beflaggung des Potsdamer Rathauses entschieden hat. Die Begründung gelangt zu folgendem Schlußergebnis:

„Für Reichsgebäude ist es notwendig, den hoheitlichen Charakter von Reichseinrichtungen durch Hissen der Reichsflagge äußerlich zu dokumentieren, bei allen gegebenen Anlässen sich dieser Flagge zu bedienen. Für die Gemeinden aber scheiden solche Gründe völlig aus. Wenn eine Gemeinde die Reichsflagge setzt, so mag das geschehen, um die Zugehörigkeit zum Reiche, die Achtung vor dem Reiche oder die Teilnahme an den das gesamte Volk bewegenden Ereignissen äußerlich zu bekunden und dergleichen mehr. Mit rechtlichen Gesichtspunkten hat das nichts zu tun. Es gehört nicht zur ordnungsmäßigen Verwaltung der Gemeinde. Als einer öffentlich-rechtlichen Pflicht, solche Flaggen anzuschaffen und zu hissen, besteht keine gesetzliche Verpflichtung."

## Die Handelsvertragsverhandlungen.

Wie die „Industrie- und Handelszeitung" erfährt, haben die deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen insofern zu einem beachtlichen Teilergebnis geführt, als die sogenannten Karlsbader Beschlüsse über die Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen für Häute und Felle schon vor dem endgültigen Abschluß der Verhandlungen und zwar voraussichtlich ab 1. August in Kraft treten sollen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien sind beendet. Man hofft, daß die Unterzeichnung des Vertrages in der nächsten Woche erfolgen kann. Ueber den Inhalt des Vertrages verlautet nur soviel, daß die Grundlage die gegenseitige Meistbegünstigung bildet.

## Nachhall der Wiener Gemeinderatssitzung.

:: **Wien**, 30. Juli. In Besprechung der gestrigen stürmischen Sitzung des Wiener Gemeinderates führen die bürgerlichen Abendblätter aus, daß in der Gemeindeschutzwache eine ständige Bedrohung liege.

Die „Neue Freie Presse" schreibt: Die Aufstellung der Gemeindewache ist genehmigt. Der Wahnsinn ist also geschehen, die Parteileidenschaft triumphiert in der Tatsache, daß in diesem armen Wien von heute nebeneinander zwei Sicherheitswachkorps sich gegenüberstehen werden. Wie wird das Nebeneinanderbestehen möglich sein? Wie soll die Wirkung eine andere sein als die Steigerung der Gefühle der Unsicherheit?

Im „Neuen Wiener Abendblatt" heißt es: Die Redner aller Parteien haben sich wiederholt für die Abrüstung ausgesprochen. Warum haben die sozialdemokratischen Parteiführer diesen einzig richtigen Gedanken nicht aufgegriffen, warum greifen sie zum verkehrtesten, steigern die Spannungen und vermehren die Gefahr feindseliger Zusammenstöße?

Die „Wiener Allgemeine Zeitung" führt aus: Die Gemeindewache hat nunmehr die gesetzliche Zustimmung erhalten. Damit ist der Zankapfel geworfen. Oesterreich ist in zwei Lager gespalten für und wider die Gemeindewache. Der größte Teil der Gegner blickt jetzt gespannt auf die Bundesregierung, welche Schritte sie unternehmen werde, um diese unglückselige Folge der Wiener Unruhen aus der Welt zu schaffen. Das Blatt kündigt an, daß in der allernächsten Zeit von der Bundesregierung ein Schritt in dieser Angelegenheit erfolgen werde. Nach der gleichen Quelle haben die bürgerlichen Parteien zu der durch die gestrige Abstimmung im Gemeinderat geschaffenen Lage noch nicht Stellung genommen. Mit großer Erregung werde aber die Bestimmung erörtert, daß im Bedarfsfall sämtliche städtischen Angestellten zur Hilfeleistung herangezogen werden können.

### Die Regierung fordert die Auflösung der Gemeindeschutzwache.

# **Berlin**, 31. Juli. Nach einer Meldung des „Lokal-Anzeigers" aus Wien beabsichtigt die Bundesregierung einen Schritt in der Angelegenheit der Gemeindeschutzwache zu unternehmen. Sie werde im Hinblick auf die gefährlichen Komplikationen, die gegenüber dem Ausland entstehen könnten, dem Bürgermeister der Stadt Wien als Landeshauptmann in der ihr verfassungsmäßig

zustehenden Form die Weisung erteilen, die Wiener Gemeindewachen unverzüglich aufzulösen.

### Die Polizei-Personalvertretung aufgelöst.

)( **Wien**, 30. Juli. Die bisherige Personalvertretung der Wiener Sicherheitswache wurde vom Polizeipräsidenten Schober aufgelöst, weil ihr Rücktritt von den Angehörigen der Polizei mit allen gegen zwei Stimmen gefordert wurde. Die Neuwahl ist für den 27. August ausgeschrieben.

### Maschinengewehre auf dem Wiener Rathaus?

• **Wien**, 30. Juli. Der „Turm" brachte vorige Woche eine Meldung, wonach in der Gemeindewache Gewehre aufgestapelt lägen und daß diese Wache auch mit Maschinengewehren ausgerüstet worden sei. Von sozialistischer Seite wurde diese Meldung als unwahr bezeichnet. „Die Freiheit" behauptet nun heute, nicht nur bestätigen zu können, daß die Gemeindewache tatsächlich Maschinengewehre erhalten habe und darüber hinaus auf dem Rathause Maschinengewehre in Stellung gebracht worden seien, sodaß sie jederzeit die umliegenden Straßen hätten bestreichen können. Das Blatt fordert den Bürgermeister Seitz auf bekanntzugeben, ob sich diese Vorkehrung gegen die Kommunisten oder gegen die Polizei richtete.

### Wegen Beleidigung des Bundesministeriums verurteilt.

:»: **Wien**, 30. Juli. Die „Arbeiterzeitung" brachte vor einigen Tagen eine Notiz, die besagte, daß Bundesminister Vaugoin am Freitag, den 15. Juli, zurzeit als die ersten Salven fielen und die gesamte Wehrmacht in den Kasernen zusammengezogen war, fluchtartig Wien verlassen habe. Das Bundesministerium für Heerwesen verlangte daraufhin eine Berichtung des Blattes in dem Sinne, daß Bundesminister Vaugoin am 15. Juli in den Morgenstunden nach Ischl fahren wollte, jedoch unverzüglich, nachdem er von den Vorfällen erfahren hatte, in Wien verblieben sei. Die „Arbeiterzeitung" hatte diese Berichtigung nicht gebracht, worauf das Bundesministerium für Heerwesen die Klage einbrachte, deren Verhandlung gestern stattfand. Ein Vertreter der „Arbeiterzeitung" erklärte bei der Verhandlung, daß das Bundesministerium zur Erstellung des Berichtigungsbegehrens und zu einer Klage nicht berechtigt sei. Demgegenüber erklärte der Vertreter des Bundesministeriums, daß mit der Beleidigung des Bundesministers das gesamte Ministerium beleidigt worden sei. Die „Arbeiterzeitung" wurde zu 100 Schillingen Geldstrafe verurteilt und zur Tragung der Gerichtskosten. Es wurde außerdem erklärt, daß die Berichtigung bei Androhung der Einstellung des Blattes gebracht werden muß.

## Frankreich und Rußland.

**Paris**, 30. Juli. Der „Temps" gibt in seinem Leitartikel, der sich mit der Stellung der Mächte zu den Sowjets beschäftigt, zu, daß der französische Botschafter in Moskau, Herbette, im Rahmen seiner allgemeinen Instruktionen mit dem Volkskommissar Tschitscherin über das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland verhandelt hat. Das Blatt entwickelt den Gedanken, daß Moskau, weil es ihm nicht gelungen sei, die Unordnung und Anarchie in andere Länder zu tragen, zu dem Mittel gegriffen hätte, das Ziel durch Wiederaufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen zu maskieren, um seinen Agenten leichter Zugang in die Länder zu verschaffen, in denen die kommunistische Internationale in nutzbringender Weise für ihre schlechte Sache handeln zu können glaubt. Der Fehler, den man heute teuer bezahlen müsse, sei, daß man es für notwendig gehalten habe, normale Beziehungen mit einer Regierung zu unterhalten, die die revolutionäre Aktion in der ganzen Welt als eine notwendige Befestigung ihrer eigenen Macht betrachtet, und die absichtlich und offen alle ihre internationalen Verpflichtungen und alle die Gesetze verleugne, die die Beziehungen unter den Staaten beherrschen. Es sei eine dringende Forderung für alle Mächte, den leitenden Persönlichkeiten der Sowjetunion ihre Handlungsweise vorzuhalten und sie zu zwingen, zwischen der bolschewistischen Propaganda und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zu den zivilisierten Nationen zu wählen.

* * *

**Paris**, 30. Juli. Wie der „Temps" mitteilt, ist Botschaftsrat de Laboulaye bei der französischen Botschaft in Berlin, der in Abwesenheit Herbettes die Geschäfte der Moskauer Botschaft geführt hatte, in Paris eingetroffen, um dem Außenministerium Bericht über die gegenwärtige Lage in Rußland und über die Schwierigkeiten zu erstatten, denen die beglaubigten Vertreter fremder Staaten in Moskau bei Erfüllung ihrer Aufgaben begegnen.

## Von der Hindenburgspende.

× **Berlin**, 30. Juli. Wie wir erfahren, wird die preußische Regierung in der nächsten Zeit ihren Aufruf zur Hindenburgspende erlassen. Dankenswerterweise haben sich schon jetzt die preußischen Provinzialverwaltungen entschlossen, sich mit einem Gesamtbetrag von 200 000 Mark an der Hindenburgspende zu beteiligen. Innerhalb der großen Wirtschaftsverbände setzt, nachdem nunmehr auch die Industrie und die Landwirtschaft besonders aufgerufen haben, gegenwärtig eine starke Werbetätigkeit unter den Mitgliedern ein. In ganz besonders mustergültiger Weise ist die Werbung bereits von einzelnen Handelskammern, darunter vor allem auch der Berliner, geregelt worden. Allmählich gehen der Geschäftsstelle der Hindenburgspende Berlin Nord-West 50, Scharnhorststraße 35, auch die Meldungen der Postämter über die bei ihnen bisher eingezahlten Beträge zu. Ganz besonders erfreulich und kennzeichnend für die Verehrung, die der Reichspräsident in den breitesten Schichten genießt, ist, daß die Beträge bereits, soweit sie bei den Postämtern eingezahlt werden, sich zum größten Teil aus Beträgen von 20, 30 und 50 Pfennigen zusammensetzen.

Interessant ist auch, daß aus den Kreisen der deutschen Presse in Nordamerika, vor allem in Milwaukee und Wisconsin, schon jetzt Meldungen vorliegen, die erkennen lassen, wie der Gedanke der Hindenburgspende bei den Deutschen und den ehemaligen Deutschen Nordamerikas gezündet hat. Diese Tatsache verdient um so mehr Anerkennung, als gerade die Deutschen Nordamerikas sich finanziell sehr stark an der Behebung der Flutschäden des Mississippiunglücks beteiligt haben.

## Deutsches Reich.

### Ein Irrengesetz in Sicht.

:: **Berlin**, 31. Juli. Nach langen Vorbereitungen und eingehenden Beratungen mit Fachärzten und den beteiligten Behörden ist nach der „Voss. Ztg." im preußischen Wohlfahrtsministerium der Entwurf zu einem Irrenfürsorgegesetz für Preußen fertig gestellt worden. Er würde vielleicht schon den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet worden sein, wenn nicht Reichsgesetze in Aussicht ständen, die möglicherweise in Einzelheiten Aenderungen nötig machen könnten.

### Die Pläne für den Neubau der Reichskanzlei.

-:- **Berlin**, 30. Juli. Der Reichskanzler hat sich entschlossen, zur Mitarbeit an der endgültigen Aufstellung und Ausführung der Pläne für den Neubau der Reichskanzlei den Architekten B. D. A. Herrn Professor Dr. ing. Siedler zuzuziehen. Wie bekannt, ist der Wettbewerbsentwurf des Professors Siedler seinerzeit an erster Stelle mit einem zweiten Preis ausgezeichnet worden. Die Aufstellung der endgültigen Pläne ist bereits im Gange. Hierbei werden die Ergebnisse, die der Wettbewerb gezeitigt hat, Verwertung finden.

### Tannenbergdenkmal und Reichsbanner.

:: **Berlin**, 30. Juli. Von der Gauleitung Ostpreußens des Reichsbanners schwarz-rot-gold wird mitgeteilt: Im September soll die Einweihung des Tannenbergdenkmals erfolgen. Der Werbeausschuß für das Denkmal hat zu der Einweihung öffentlich alle Bevölkerungsschichten eingeladen. Das Reichsbanner schwarz-rot-gold wird an der Einweihungsfeier nicht teilnehmen. Zur Begründung wird an die Worte des Generals Kahn bei der Grundsteinlegung „Nun schmiede neu die deutsche Kaiserkrone" erinnert.

# Vertagung der Seeabrüstungskonferenz.

## In Erwartung der Antwort Amerikas.

◇ **Genf**, 30. Juli. Die amerikanische Delegation auf der Marinekonferenz erwartet zur Zeit die Antwort aus Washington auf die letzten Vorschläge der britischen Regierung. Da Präsident Coolidge noch in den Ferien sei, dürfte die Mitteilung aus Amerika etwas später eintreffen, als erwartet wird. In unterrichteten Kreisen hat man jedoch am Sonnabend fast die Hoffnung aufgegeben, daß es noch in letzter Stunde gelingen wird, die Konferenz vor dem Scheitern zu bewahren. Man betont, daß der britische und der amerikanische Standpunkt in der Kreuzerfrage so verschieden sei, daß es kaum gelingen werde, die schweren Gegensätze durch irgend eine Formel zu überbrücken. Die Meinungsverschiedenheiten beruhen keineswegs nur auf den persönlichen Ansichten der Delegationsführer oder auf den Auffassungen der verschiedenen Regierungen, sondern diese sind vielmehr das natürliche Ergebnis der sehr verschiedenen Bedürfnisse der Kriegsflotten der beiden größten Seemächte. Man bedauert in politischen Kreisen lebhaft den vermutlich zu erwartenden Zusammenbruch der Konferenz, denn man befürchtet, daß dieser auf die Abrüstungsbeschränkungen des Völkerbundes von sehr nachteiligem Einfluß sein werde.

*

## Neue Vorschläge.

# **Genf**, 31. Juli. Die auf Montag nachmittag einberufene Vollsitzung der Seeabrüstungskonferenz ist heute zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt worden. — Der Beschluß ist in einer Aussprache gefallen, die heute nachmittag zwischen Lord Bridgeman und Gibson stattfand. Die Vertretung der Vollsitzung scheint auf den Wunsch der amerikanischen Delegation zurückzugehen, da die Antwort aus Washington auf die am Freitag übermittelten neuen englischen Abrüstungsvorschläge in Genf noch nicht eingetroffen ist. Die Lage ist infolgedessen heute noch unverändert kritisch, doch sieht man in Konferenzkreisen in der Tatsache der Vertagung der Vollsitzung zum mindesten die Möglichkeit, einen sofortigen Abbruch der Konferenz zu verhindern.

Die amerikanische Delegation veröffentlicht heute abend einen neuen Vorschlag, nach dem eine politische Klausel in das Abrüstungsabkommen der drei Seemächte eingefügt werden soll.

Nach dieser Klausel ist jede der vertragschließenden Mächte berechtigt, vor dem 31. Januar 1936 einen neuen Zusammentritt der Drei-Seemächte-Konferenz zu fordern, falls eine der drei vertragsschließenden Parteien die in dem Abkommen festgesetzte Gesamttonnage für die Kreuzer in einer Art und Weise zum Bau von Kreuzern verwendet, die der anderen Macht eine Abänderung der in dem Abkommen festgesetzten Gesamttonnage für die Kreuzer erforderlich erscheinen läßt. In einem solchen Falle kann die betreffende Macht nach vorheriger sechsmonatiger Ankündigung den Zusammentritt der Konferenz der drei Seemächte fordern. Jedoch gilt diese Bestimmung erst vom 31. Januar 1931 ab. Sollte auf dieser Konferenz eine Einigung zwischen den drei Mächten nicht zustande kommen, so ist der einberufende Staat berechtigt, das Abkommen mit einjähriger Frist zu kündigen. In diesem Falle verliert das Abrüstungsabkommen auch gegenüber den beiden anderen vertragschließenden Staaten seine Gültigkeit.

Dieser neue amerikanische Vorschlag steht gegenwärtig im Vordergrund der Verhandlungen. Von englischer Seite wird vorläufig eine Stellungnahme zu der Einfügung dieser politischen Klausel in das Abrüstungsabkommen abgelehnt, doch wird darauf hingewiesen, daß nach dieser Klausel die von England geforderte Zweiteilung der Kreuzer zu 10 000 und 6000 Tonnen in Wegfall kommen würde. Die britische Regierung beabsichtigt, wie aus London gemeldet wird, im Falle eines Scheiterns der Konferenzverhandlungen die an der Konferenz beteiligten Parteien zu einer Formelbindung zu veranlassen, kein neues Flottenprogramm aufzustellen. Gibson ist von Bridgeman und Lord Cecil bereits über einen derartigen englischen Plan unterrichtet. England wünscht danach für eine zeitlich begrenzte Periode den Bau von großen Kampfkreuzern festzulegen. Während dieser Periode würde sich die britische Regierung verpflichten, keine weiteren 10 000-Tonnen-Kreuzer auf Kiel zu legen. Amerika soll sich dagegen formal verpflichten, die in diesem englischen Kompromißvorschlag niedergelegten Ziffern in einem bestimmten Zeitraum nicht zu überschreiten. Japan hat bereits seine Zusicherung gegeben, die 5 : 5 : 3 Quote nicht zu überschreiten.

# Eine Erklärung des Prinzen Carol von Rumänien.

## Er hält sich zu einer Intervention berechtigt.

÷ **Paris**, 31. Juli. „Matin" veröffentlicht eine Erklärung des Prinzen Carol von Rumänien, in der es heißt: Mir liegt der Gedanke fern, in meinem Lande irgend eine Aktion zu entfachen. Ich habe auf mein Recht verzichtet, weil ich durch Personen und Mittel dazu gezwungen wurde. Heute hat sich die Lage geändert. Heute erweckt die Zukunft Rumäniens ernste Besorgnis. Mein Vater hat eine ernste Erbschaft hinterlassen. Die fruchtbare Arbeit zweier Generationen darf nicht in Gefahr gebracht werden. Ich bin als Rumäne und Vater verpflichtet über die Größe der Nation zu wachen, damit der Staat in keiner Weise beeinträchtigt wird und mein Sohn ein unangetastetes Erbe erhält, wenn seine Zeit gekommen ist. Diese Lage gibt mir das Recht, persönlich zu intervenieren. Ich habe den lebhaften Wunsch, meinem Lande nützlich zu sein. Ich werde es niemals ablehnen können, dem Wunsche meines Volkes zu gehorchen und dem Rufe zu entsprechen, wenn er an mich gerichtet wird.

*

## Die Beurteilung in der französischen Presse.

)!( **Paris**, 1. Aug. Die obige Erklärung hat in Pariser politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt, umsomehr, als man sie mit dem in den letzten Tagen erfolgten Besuch von Sendboten des rumänischen Parteiführers Jorgas in Zusammenhang bringt. Im „Matin" ergänzt Sauerwein die obige Auslassung nach einer Unterredung mit Carol noch dahin, der Prinz sei davon unterrichtet worden, daß das strikte Verbot hinsichtlich seiner Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten dem letzten Wunsche seines Vaters durchaus widersprochen habe. Seit seinem erzwungenen Thronverzicht habe sich die Lage in Rumänien geändert und die Zukunft des Landes erwecke ernstliche Befürchtungen, während zu jener Zeit sich die Zukunft unter den besten Auspizien gezeigt habe. — Das „Echo de Paris" verurteilt das Kommuniqué Carols scharf, besonders deswegen, weil er von einer etwaigen persönlichen Intervention spricht, von der man aber noch nicht wisse, wie sie durchgeführt werde. Pertinax sucht nachzuweisen, daß Prinz Carol auf Veranlassung des verstorbenen Königs hin nicht nur aller seiner Titel und seines Namens, sondern auch seiner väterlichen Macht entkleidet worden sei. Ueber die in Neuilly genährten Intrigen könne man hinweggehen, wenn Rumänien nicht augenblicklich eine schwere Krise durchmachen würde. Zum Schluß gibt Pertinax dem Wunsche Ausdruck, daß Bratianu über die Schwierigkeiten und die Opposition Herr werdenmöchte und bis zum Jahre 1940 die Stabilität des Staates sichern könnte. Die Außenpolitik Bratianus bedeute die Aufrechterhaltung der Kleinen Entente und die Verbindung mit den Westmächten. „Oeuvre" schreibt: Unsere Annahme bestätigt sich, daß das Abdankungsschreiben Carols nicht so freiwillig geschrieben wurde, wie dies König Ferdinand in seinem Testament zu glauben vorgibt. Wir wünschen dem befreundeten Rumänien, daß ihm aus dieser schwierigen Thronfolgefrage keine ernsten Unruhen erwachsen.

## Der Ausbruch des Vesuvs.

**Neapel**, 30. Juli. Der Ausbruch des Vesuvs hat in den letzten Stunden an Heftigkeit bedeutend zugenommen. Von Minute zu Minute entwickeln sich furchtbare Explosionen, die viele Tonnen glühender Felsstücke Hunderte von Metern wegschleudern. Es gewährt einen schaurig-schönen Anblick; die gewaltigen Lavaströme ergießen sich unaufhörlich aus dem Krater und verbreiten sich mit einer Schnelligkeit von drei Metern in der Sekunde fächerförmig über den Abhang des Vulkans. Die bisher aufgeworfenen Lavamengen werden auf über 2 Millionen Kubikmeter geschätzt und haben auf ihrem Weg talabwärts bereits Gegenden ergriffen, die bisher verschont geblieben waren. Es erscheint unmöglich, sich dem Gipfel des Aschenkegels zu nähern, da der Vulkan ungeheure Flammen ausstößt. Die hölzerne Treppe, auf der die Touristen zum Kraterrand gelangen, brennt lichterloh, und die Beobachtungsstation in der Nähe des Kraterrandes ist durch den dauernden Regen glühender Steine schwer gefährdet. Professor Malladria, der Direktor des Vesuvobservatoriums, erklärt heute, daß die Eruption keineswegs als außergewöhnlich erscheinen könnte, und daß keine Gefahr für die Ortschaften am Fuß des Berges bestünde. Es handele sich lediglich um die übliche Aktivitätsperiode des Vulkans. Nach seinen Ermittelungen habe sich ein Eruptionskegel von 100 Meter Höhe und 1000 Meter Umfang an der Basis gebildet, aus der der Lavastrom fließe. Der Ausbruch sei zwar als verhältnismäßig heftig zu bezeichnen, gebe jedoch keinen Anlaß zu irgendwelcher Beunruhigung.

## Verhinderter Bombenanschlag.

:: **Luxemburg**, 30. Juli. In einem von Mitgliedern der italienischen Opera Bonomelle (faschistische Organisation) bewohnten Hause in Esch a. Alzette wurde eine Dynamitbombe größten Umfangs gefunden. Die Explosion der Bombe hätte den ganzen umliegenden Häuserblock zerstört. Der Regen hatte jedoch die Zündschnur zum Erlöschen gebracht. Die Untersuchung der Polizei verlief bis jetzt ergebnislos.

## Ein frecher Raub.

# **Berlin**, 31. Juli. Am Sonntag wurde in ein Juweliergeschäft ein Einbruch verübt, der an Frechheit seiner Ausführung kaum zu überbieten ist. Als gegen 13 Uhr der betreffende Juwelier an seinem Arbeitstische saß, stürmte plötzlich ein junger Mensch in den Laden und fragte, ob er wisse, daß sein großer Schaukasten, der sich unmittelbar neben der Eingangstür des Geschäfts befand, ausgeräumt werde. Der Juwelier eilte auf die Straße und mußte zu seinem Entsetzen feststellen, daß die Scheibe des Schaukastens eingeschlagen und dieser seines wertvollen Inhalts beraubt war. Neben dem Kasten standen zwei Frauen, die von dem ganzen Vorfall nichts gemerkt hatten. Der junge Mann, der die Mitteilung an den Juwelier gut gemeint hatte, hätte lieber dafür sorgen sollen, daß der freche Räuber hätte verhaftet werden können.

## Von Nah und Fern.

### Roher Ueberfall auf einen Polizeibeamten.

:»: **Essen**, 30. Juli. Mit einem rohen Ueberfall auf einem Polizeibeamten hatte sich die Essener Strafkammer zu befassen. Am 5. Februar d. Js. zwischen 9 und 10 Uhr abends wurde ein Triebwagen der Westfischen Straßenbahn in der Nähe des Rhein-Herne-Kanals mit Steinen usw. bombardiert. Der auf dem Wagen befindliche Polizeiwachtmeister Jatzkowski stieg aus dem Wagen und sah sich einer Rotte von Leuten gegenüber, die gerade im Begriff waren, weitere Eisenteile usw. gegen den Wagen zu schleudern. Der Beamte wurde sofort umringt und schwer mißhandelt. Er konnte fliehen, wurde aber jedoch eingeholt; die Verfolger drohten, ihn in den Kanal zu werfen. Die Hilferufe des Ueberfallenen wurden von zwei Polizeibeamten gehört, die noch im letzten Augenblick ihren Kameraden befreien konnten, der sich krampfhaft am Brückengeländer festhielt, während sich die Strolche bemühten, ihn über das Geländer in den Kanal zu werfen. Mit vieler Mühe konnte der Haupttäter, der Lokomotivführer Josef Krogul aus Gelsenkirchen, unschädlich gemacht werden. Er erhielt nun für seine Freveltat ein Jahr Gefängnis, der ebenfalls beteiligte Schlosser Alfred Dietz aus Wanne drei Monate Gefängnis.

### Stadtverwaltung Essen und Rheinlandhalle.

-- **Essen**, 30. Juli. In den letzten Tagen waren in Essen Gerüchte verbreitet, wonach man sich in gewissen Kreisen mit dem Projekt einer Rheinlandhalle als Gegengewicht zur Westfalenhalle in Dortmund beschäftigt. Eine umfangreiche Denkschrift usw. sei bereits fertiggestellt. Soviel kann bereits heute gesagt werden, daß die Stadtverwaltung Essen mit diesem Plan nicht das Geringste zu tun hat.

### Ehrendoktor der Universität Marburg.

)( **Marburg**, 31. Juli. Aus Anlaß der Jubelfeier der Universität wurde u. a. zum Ehrendoktor der philosophischen Fakultät ernannt Erster Kapellmeister der staatlichen Oper in Kassel Robert Laugs (früher in Dortmund).

### Drei Rennpferde verbrannt.

:»: **Berlin**, 30. Juli. In der vergangenen Nacht geriet nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof Guben einer der Wagen des Sonderzuges, der Hoppegartener Rennpferde zu dem Breslauer Sonntagsrennen beförderte, in Brand. Zwei Pferde verbrannten, während ein drittes so schwere Verletzungen erlitt, daß es erschossen werden mußte.

### Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Juli 1927.

:»: **Berlin**, 30. Juli. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach der Feststellung des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juli auf 150,0 gegen 147,7 im Vormonat, wonach sie um 1,6 v. H. gestiegen ist.

### Der Eisenbahnattentäter von Brandenburg verhaftet.

)) **Berlin**, 30. Juli. Auf Grund von Zeugenaussagen ist der 23 Jahre alte Arbeiter Hans Schröder als Urheber des dieser Tage bei Brandenburg auf einen D-Zug gemachten Attentats verhaftet worden. Schröder, der erst vor kurzem aus der Strafanstalt in Magdeburg entlassen worden war, hat zugegeben, daß er die Steine auf die Schienen gelegt habe, um den Zug zur Entgleisung zu bringen.

### Tödlicher Betriebsunfall.

:: **Muskau**, 30. Juli. Auf dem Braunkohlenbergwerk Babina in Lugknitz geriet ein Tiefbauschacht in Brand. Ein Ingenieur fuhr zur Erkundung der Ursache an den Brandherd. Durch Einatmen giftiger Gase fand er den Tod.

### Schweres Automobilunglück.

:: **Plauen i. V.**, 31. Juli. Im benachbarten Syrau wurde eine Frau, die ihr Töchterchen, das vor einem Auto die Straße überqueren wollte, zurückreißen wollte, von dem Auto erfaßt, und mehrere Meter weit fortgeschleudert. Ihr Zustand ist bedenklich. Das Kind wurde so schwer verletzt, daß es bald darauf starb. Das Automobil fuhr gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

### Ein schwerer Motorradunfall.

# **Frankfurt a. M.**, 31. Juli. Heute nacht ereignete sich auf der Straße nach Darmstadt bei Neuisenburg ein schwerer Motorradunfall. Ein aus der Richtung Darmstadt kommendes Motorrad mit Beiwagen, das mit drei Stuttgarter Herren besetzt war, stieß mit einem aus Neuisenburg kommenden Motorrad zusammen. Ein Polizeiwachtmeister aus Neuisenburg wurde sofort getötet, während sein Mitfahrer schwere Verletzungen davontrug. Von dem anderen Motorrad wurde der Führer und sein Mitfahrer ziemlich schwer verletzt.

### Drei Personen vergiftet.

÷ **Kaiserslautern**, 31. Juli. Gestern nachmittag wurde der Kaufmann Gebauer und dessen Frau und Kind in ihrer Wohnung vergiftet aufgefunden. Gebauer war unmittelbar vorher aus dem Geschäft entlassen worden.

### Vom Untermieter ermordet.

:»: **Halberstadt**, 30. Juli. Hier wurde der 67 Jahre alte Handelsmann Fischer von seinem Untermieter, dem 29 Jahre alten Schuhmacher Alfred Brandt niedergeschossen. Fischer und Brandt lagen seit langem im Streit.

### Schweres Autounglück.

!! **Göttingen**, 30. Juli. Auf der Landstraße Göttingen-Eichenberg versagte bei Groß-Schneed heute vormittag die Steuerung des Autos des Fabrikbesitzers Barnewitz aus Wolfenbüttel. Der Wagen fuhr in ein Weizenfeld und überschlug sich. Eine Mitfahrerin, Frau Luoine aus Wolfenbüttel, wurde auf der Stelle getötet, während die Frau des Fabrikbesitzers Barnewitz in schwerverletztem Zustande in die Göttinger Klinik eingeliefert wurde; Barnewitz selbst und eine vierte Person kamen mit dem Schrecken davon.

### Mißglückter Start des „Blauen Vogels".

)( **Paris**, 31. Juli. Nach dem „Petit Parisien" ist ein neuerlicher Versuch des französischen Fliegers Gunvom, mit dem Farmanflugzeug „Blauer Vogel" mit Belastung einen Flug zu unternehmen, wiederum gescheitert. Wie bereits bei dem vorgestrigen Versuch platzte der Gummireifen eines Rades. Es scheint, daß das Startgeröll von Les Bourgets zu holperig ist, sodaß der Aufflug von Flugzeugen mit schwerer Belastung nicht gelingt.

### Cholera in Kalgan.

)) **Riga**, 30. Juli. Nach Meldungen aus Kalgan ist dort die Cholera ausgebrochen. Bisher sind an der Epidemie über 100 Personen erkrankt, von denen über 30 gestorben sind. Seitens der Regierung sind Maßnahmen getroffen worden, um eine Ausdehnung der Epidemie zu verhindern.